

9.46

Bundesrätin Monika Mühlwerth (FPÖ, Wien): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Besucherinnen und Besucher auf der Galerie und vor den Fernsehschirmen zu Hause! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke, Herr Landeshauptmann, für Ihre positiven Worte zur Existenz des Bundesrates und auch zu seiner Arbeit! Das war ja nicht immer bei allen Landeshauptleuten in der Vergangenheit selbstverständlich; wir kennen auch einige, die gemeint haben, es bräuchte den Bundesrat nicht, man könnte ihn locker abschaffen. Wir tun aber unser Bestes in unserer Arbeit, auch als Kontrollorgan der Regierung, als das der Bundesrat ja ursprünglich gegründet wurde.

Man braucht sich aber nicht zu wundern, wenn der eine oder andere Landeshauptmann oder auch die eine oder andere Landeshauptfrau meint, der Bundesrat wäre nicht unbedingt nötig, war er doch bei seiner Gründung schon umstritten. Der Wiener Bürgermeister und Landeshauptmann Reumann hat damals bei der Gründung gesagt, möge doch der Bundesrat die Arbeit des Nationalrates nicht behindern. Und das hat jetzt eine lange Tradition, wie wir sehen, aber ich glaube – gerade weil das Thema heute auch Europa ist –, der EU-Ausschuss des Bundesrates beweist Monat für Monat bei seinen Sitzungen, dass wir hier als Bindeglied zwischen Zentralismus und Föderalismus sehr gute Arbeit auch im Sinne der Länder, aber auch Europas, der Europäischen Union leisten.

Wir sind hinsichtlich Mitteilungen an Brüssel, was das Thema Subsidiarität betrifft, ganz an der Spitze in der Europäischen Union – aber nicht, weil wir so garstig sind und grundsätzlich gegen alles sind, was aus Brüssel kommt, sondern weil natürlich vieles kritisch zu hinterfragen ist. Das Thema Subsidiarität ist uns eben ein Anliegen und ist auch ein wichtiges Element dieser Republik. Das gilt natürlich auch für die Europäische Union, die ja jetzt dieses Thema auch beschäftigt.

Wie meine Kollegin schon richtig gesagt hat: Die Europäische Union muss schon aufpassen, dass sie nicht überreguliert und von ihr dann letzten Endes nur Regelungen betreffend den Bräunungsgrad von Pommes, den Krümmungsgrad von Gurken oder die Glühbirnen-Verordnung übrig bleiben. Sie will ja mehr sein und sie soll ja auch mehr sein, aber da muss man auch schauen, dass man näher zum Bürger kommt, und das ist natürlich nicht so einfach.

Ja, wir brauchen die Balance zwischen Zentralismus und Föderalismus, aber wir wissen auch, dass wir Menschen so gestrickt sind, dass uns natürlich die kleine Einheit wesentlich näher ist, was ja dem Föderalismus wieder das Wort redet, und das ist die

Gemeinde, das ist in Wien ein Bezirk, das ist das Bundesland. Wir wissen, wie weit der Weg von einem Bundesland nach Wien ist – und noch viel weiter ist er nach Brüssel oder nach Straßburg. Deshalb müssen wir in der jetzigen Diskussion, die ja noch immer stattfindet und wozu es auch eine Taskforce gegeben hat, das Thema Subsidiarität ernst nehmen. Auch die Europäische Union und ihre Vertreter sind gut beraten, nicht jede Kritik, die an der Institution oder an den Mechanismen der Institution geübt wird, sofort als EU-feindlich darzustellen. Das erleben wir Freiheitliche ja öfter.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur daran erinnern, dass die FPÖ **lange** Jahre, um nicht zu sagen: Jahrzehnte, die einzige Partei war, die damals der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beitreten wollte. Damals hat man uns auch alles Mögliche unterstellt, warum wir das wollten – nicht im positiven Sinn, sondern leider im negativen Sinn.

Unsere Kritik hat eingesetzt, als Brüssel sich immer mehr zentralistisch organisiert hat. Da bin ich wieder bei dem, was Sie gesagt haben, Herr Landeshauptmann: Es ist wichtig, die Balance zu haben zwischen Zentralismus dort, wo er richtig und wichtig ist, und Föderalismus dort, wo es für den Bürger wichtig ist. Brüssel hat dann halt begonnen, sehr viel an sich zu ziehen – Zentralismus – und den Föderalismus außen vor zu lassen, und das war und ist auch immer wieder Gegenstand unserer Kritik.

Wenn wir das Gemeinsame über das Trennende stellen wollen, dann muss man auch auf Kritik eingehen und sich damit auseinandersetzen. Man muss ja nicht allem zustimmen. Es ist ja das Wesen einer Diskussion, dass man verschiedene Meinungen vertritt und dann, so wie Sie es auch betreffend Bildungsbereich geschildert haben, versucht, zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Ganz sicherlich ist man falsch beraten, wenn man jede Kritik sofort in Grund und Boden stampft und sich möglichst nicht mehr damit auseinandersetzen möchte. Das ist etwas, was uns auch in Zukunft in der Europäischen Union weiterhin beschäftigen wird, wenn sie sich dahin gehend nicht bewegen möchte. Also wir können nur hoffen, dass sich da etwas tut.

Wir haben ja auch immer vom Europa der Regionen gesprochen. – Natürlich, das ist ein ganz wesentlicher Faktor, weil uns alles räumlich Nahe – die Verwaltung, die Menschen und das ganze Drumherum – einfach näher ist, und das ist ja auch gut so. Es soll ja die Vielfalt geben. Wir wollen ja hoffentlich alle keinen Einheitsbrei. Wir lieben es, verschiedene Sprachen zu haben. Wir lieben die verschiedenen Kulturen der verschiedenen Länder, auch in der Europäischen Union. Ich fahre ja in ein anderes Land, weil die dort eine andere Kultur haben und weil es dort andere Dinge gibt als bei

mir zu Hause. Ich schätze das sehr, und meiner Ansicht nach ist der Erhalt dieser Vielfalt auch sehr wichtig. *(Beifall bei der FPÖ und bei BundesrätInnen der ÖVP.)*

Das heißt aber natürlich nicht, dass es nicht auch etwas Gemeinsames geben soll. Wir haben einen gemeinsamen Binnenmarkt. Es ist wesentlich, dass wir, wenn wir in der Europäischen Union frei reisen wollen, auch unsere Außengrenzen zu sichern imstande sind. Das muss garantiert sein, weil die Menschen auch ein Bedürfnis nach Sicherheit haben, und das zu Recht! Wurscht, ob es jetzt in der Gemeinde, im Bundesland oder eben in der Europäischen Union ist: Menschen wollen sich sicher fühlen. Deshalb ist es wichtig, dass die Institutionen dafür sorgen, dass die Sicherheit auch gewährleistet ist; und wenn das nicht der Fall ist, dann gibt es ein Problem.

Man sieht das ja auch an der Beteiligung der Menschen an den Europawahlen: Diese ist sehr niedrig, also identifizieren sich die Menschen offensichtlich nicht so sehr mit der EU, wie es sich manche wünschen. Ich denke aber, das ist schon auch eine Bringschuld, das ist nicht nur eine Holschuld. Man kann den Menschen nicht verordnen, dass sie jetzt mehr europäisch denken müssen, sondern da muss auch die Europäische Union aktiv auf die Menschen zugehen und auf ihre Bedürfnisse, Ängste, Sorgen, Nöte und Wünsche eingehen.

Wenn die Europäische Union diese Schritte setzt, dann, glaube ich, kann sich das Projekt positiv weiterentwickeln. Wir sind ja froh, dass wir seit 70 Jahren Frieden in Europa haben, wobei das **nicht nur** an der Europäischen Union liegt; es liegt schon auch an Europa, an der Vergangenheit, am Daran-Arbeiten, dass sich die Dinge nicht wiederholen. Wenn man gewisse Punkte bedenkt und beachtet, dann, glaube ich, können wir, kann Europa es schaffen, eine Einheit zu bilden, mit ihrer Vielfalt, die natürlich die Regionen Europas widerspiegeln. Und das ist, so meine ich, auch wenn wir manchmal unterschiedliche Ansätze haben, doch ein allgemeiner Wunsch von uns allen. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP sowie bei BundesrätInnen der SPÖ.)*

9.54

Präsidentin Inge Posch-Gruska: Danke schön, Monika.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Bundesrat David Stögmüller. – Bitte.